

I.

Braucht Zukunft Erinnerung? Und wer ist gegebenenfalls für das Eine wie das Andere verantwortlich? Gibt es eine Zuständigkeit für Zukunft? Und wer hat sie? Und eine andere oder gleiche Zuständigkeit für Erinnerung? Lässt sich der Nachweis dieser Verbindung von Erinnerung und Zukunft gegebenenfalls attestieren? Von wem dann eigentlich? Hilfsweise von der Kulturpolitischen Gesellschaft, um ein friedensstiftendes Angebot zu machen? Und wenn denn der Zusammenhang von Erinnerung und Zukunft wohl auch und wesentlich mit Kultur zu tun hat – eine Vermutung, der ich mich jedenfalls sofort und gerne ohne weiteres Zögern anschließen –, gilt das dann auch notwendigerweise und unbedingt für Politik, jedenfalls für Kulturpolitik?

Die Politik könnte es sich einfach machen, wenn sie dem hoch angesehenen englischen Historiker Eric Hobsbawm folgen würde. Für ihn hat Geschichte in Politikerhand nichts zu suchen. »Die beste Form der Vergangenheitsbewältigung« (sei), so der Altmeister der Geschichtswissenschaft bei der Verleihung des Bochumer Historikerpreises, »die Vergangenheit hinter sich und die Geschichtsschreibung ganz den Historikern zu überlassen«. Damit beweist der Nestor einer historischen Kulturwissenschaft zwar sein anhaltendes Gespür für die Aufmerksamkeit erregende Pointe, doch gerade der Autor der wegweisenden Studie über die erfundene Tradition wird um die fundamentale Bedeutung von Vergangenheitsbezüge für die Konstituierung und Legitimierung politischer Ordnung wissen. Staatliches Handeln ist ohne historischen Kontext noch weniger denkbar als ein den gesellschaftlichen Bezügen entbehrender Historiker.

Die Identität einer Person, aber auch die Identität von Ländern, von Völkern und Nationen wird im Wortsinn wesentlich durch ihre Herkunft bestimmt.

Geschichte hat ebenso wenig nur mit Vergangenheit zu tun, wie Politik nur auf die Bewältigung der Gegenwart reduziert werden darf. Wesentlicher Maßstab für ihre Relevanz ist der Beitrag, den sie jeweils zur Bewältigung der Zukunft leisten.

Die Gegenwart ist nicht ohne die Vergangenheit zu erklären und die Zukunft ohne das Bewusstsein damit verbundener Erfahrungen nur schwer zu bewältigen, überzeugend wohl gar nicht. Noch mehr als Personen stehen Nationen unter Beobachtung ihrer Zeitgenossen. Dass dies für die Deutschen noch mehr zutrifft als für andere Länder, erklärt sich wiederum nicht aus der Gegenwart, sondern aus der Vergangenheit. Aus der Art und Weise, wie sich eine Gesellschaft und ein Staat zur eigenen Geschichte verhalten, lassen sich Rückschlüsse auf das jeweilige Selbstverständnis ziehen. Erinnerungskultur impliziert deshalb eine für die Kulturpolitik im Ganzen eher untypische unmittelbare staatliche Verantwortung.

Wenn es zu dieser Behauptung Streit gäbe, wäre mir das sehr recht. Jedenfalls liegt mir sehr an dieser Unterscheidung, dass im Bereich der Kulturpolitik der Staat eigentlich keine Zuständigkeiten hat, außer der, für die Voraussetzungen sorgen zu müssen, unter denen andere diese Zuständigkeiten wahrnehmen, während für den Bereich der Erinnerungskultur aus den genannten Gründen ein anderer Sachverhalt gilt und gelten muss. Zu den wenigen Themen und Gestaltungsfeldern der Kultur, bei denen sich die Politik nicht allein auf die Schaffung von Rahmenbedingungen zurückziehen kann, gehört die Erinnerungskultur, die im Übrigen nach meinem Verständnis nicht dasselbe ist wie Geschichtspolitik – ein Begriff, mit dem ich ohnehin wenig anfangen kann, weil er nach meiner Wahrnehmung ein doppeltes Missverständnis transportiert. Weder ist Politik für Geschichtsschreibung zuständig noch Geschichtsschreibung für Politik. Beide folgen ihren jeweils eigenen Ansprüchen, und diese sind nicht deckungsgleich. Allerdings: Geschichte hat ebenso wenig nur mit Vergangenheit zu tun, wie Politik nur auf die Bewältigung der Gegenwart reduziert werden darf. Wesentlicher Maßstab für ihre Relevanz ist der Bei-

trag, den sie jeweils zur Bewältigung der Zukunft leisten.

Wesentlicher Maßstab für ihre Relevanz ist der Beitrag, den sie jeweils zur Bewältigung der Zukunft leisten.

* Vortragstext von der Redaktion leicht gekürzt

Prof. Dr. Norbert Lammert ist Präsident des Deutschen Bundestages, Berlin.



trag, den sie jeweils zur Bewältigung der Zukunft leisten.

II.

»Es gibt ein neues Interesse an der Geschichte«, schreiben die Veranstalter fröhlich und unübersehbar gleich als ersten Satz in die Einladung zu diesem Kongress. Tatsächlich wird seit geraumer Zeit nicht nur in Deutschland ein neu erwachtes allgemeines Interesse an der Vergangenheit konstatiert. Dafür stehen die zahlreichen Geschichtswerkstätten, die wachsende Zahl autobiografischer Erinnerungen auch auf Bestsellerlisten, der Erfolg historischer Ausstellungen, die nicht nur Fachleute anziehen, sondern mit Rekordbesucherzahlen offensichtlich eine breite Öffentlichkeit erreichen. Der tatsächliche oder vermeintliche Geschichtsbogen schlägt sich nieder im Film, der historische Stoffe wieder entdeckt hat, und bei vielfältigen anderen medialen Angeboten mehr oder weniger gelungener Histotainments, in denen sich die Geschichte nicht nur als fernsehtauglich, sondern auch als quotenstark erweist.

Wie neu ist dieses neue Interesse an der Geschichte wirklich? Vielleicht ist die Wahrnehmung dieses Interesses neuer als das Interesse selbst. Jedenfalls beginnt die regelmäßig in diesem Zusammenhang aufgelistete Serie großer kunst- und kulturhistorischer Ausstellungen und Ereignisse spätestens in den 70er Jahren. Wir reden also über einen Zeitraum von mindestens 30

Jahren, in denen sich dieses vermeintlich brandneue Interesse an Geschichte erkennen lässt. Die großen Ausstellungen über Karl den Großen, die Ottonen, die Salier, die Staufer, den 30jährigen Krieg, Preußen, die Paulskirche 1848/49 – wir arbeiten uns systematisch quer durch die deutsche und europäische Geschichte in die Gegenwart vor und kaum sind wir dort angekommen, stellen wir fest: Es gibt ein ganz neues Interesse an der Geschichte.

Ich bin da nicht so sicher und schon gar nicht bin ich sicher, ob sich daraus ein Bedeutungsgewinn der Historie herleiten lässt. Ich finde jedenfalls manche kritischen, manchmal auch klagenden Hinweise der Historiker nachvollziehbar, dass sich auch und gerade unter Berücksichtigung dieser großen Ausstellungen und Ereignisse die Geschichtswissenschaft in einer auf Emotionen setzenden historischen Eventkultur längst in der Defensive befinde.

Der Historiker und langjährige Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, Christian Meier, hat das einmal sehr plastisch formuliert: Die Geschichtswissenschaft befinde sich zunehmend in der Rolle eines Fremdenführers für Menschen, die in Ausstellungen zwar eine Zeitreise unternehmen, ohne

dabei aber historische Zusammenhänge erkennen und einen Sinn für Geschichte entwickeln zu können oder zu wollen. Der Historiker, so Christian Meiers pessimistischer Ausblick, würde zum Bikini-Verkäufer am FKK-Strand. Das ist eine für Historiker ungewöhnlich illustrative Formulierung, die – was das Aufklärungsinteresse der Geschichtswissenschaft angeht – nach meinem persönlichen Empfinden übrigens scharf daneben liegt, aber umso hübscher ist. Jedenfalls empfehle ich – ob mit oder ohne den Unterhaltungswert dieser neuen historischen Terminologie –, die kritische Nachfrage ernst zu nehmen, die sich über die Fülle der Ereignisse und deren vorschnelle Bewertung als Bedeutungszuwachs legt.

Wenn wir von einer Erinnerungskultur in einem anspruchsvollen Wortsinn reden wollen, dann gehört dazu ganz sicher eine kritische Distanz, die historisches Wissen voraussetzt. Beides ist weder auf natürliche Weise gegeben, noch bin ich sicher, dass dies in den letzten Jahren dramatisch zugenommen hat. Es gibt vielmehr manche empirische Befunde, die eher auf das Gegenteil schließen lassen. Wenn nach einer Umfrage der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands fünf Prozent der deutschen Gymnasias-

Wenn wir von einer Erinnerungskultur in einem anspruchsvollen Wortsinn reden wollen, dann gehört dazu ganz sicher eine kritische Distanz, die historisches Wissen voraussetzt.

ten den früheren SED-Chef Walter Ulbricht für einen oppositionellen Liedermacher halten und sieben Prozent meinen, Erich Honecker sei der zweite Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewesen, dann ist daseben

bei weitem nicht so witzig, wie es sich anhört. Und der vermeintliche Spaß hört spätestens dann auf, wenn nach einer weiteren Studie für 50 Prozent der befragten Schüler in Nordrhein-Westfalen das DDR-Regime demokratisch legitimiert gewesen sei. So viel zum Bedeutungszuwachs der Geschichte und zur Substanz von Erinnerungskultur, nicht nur als Geste, sondern auf Fakten und Zusammenhängen beruhender Orientierung.

III.

Dass die jüngere deutsche Geschichte häufig mehr ein Bedürfnis nach Distanz erzeugt als einen spontanen Wunsch nach Identifikation, dafür wird man unter nahezu jedem denkbaren Gesichtspunkt mindestens Verständnis aufbringen müssen. Es hat aber auch zu tun mit der zwar verständlichen, gleichwohl unzulässigen Verkürzung der Wahrnehmung deutscher Geschichte, die weder 1933 begonnen hat noch 1945 zu Ende war. Oder um eine andere heimlich unheimliche Variante zu nennen, die auch nicht erst 1945 begonnen hat, nachdem sie vermeintlich 1933 zu Ende war. »Unsere ganze Geschichte bestimmt die Identität unserer Nation«, hat Bundesprä-

sident Horst Köhler in seiner Rede zum 56. Jahrestag des Kriegsendes postuliert. Und eine andere Wirklichkeitsnahe, ernsthaft den Ansprüchen von Erinnerungskultur gerecht werdende Wahrnehmung vermag ich auch nicht zu erkennen.

Nun ist ja durchaus auffällig, wie viele und in ihren Orientierungen unterschiedliche Autoren in den vergangenen Jahren sich sehr kritisch zum Geschichtsverständnis und Kulturverständnis der Deutschen eingelassen haben. Joachim Fest wirft den Deutschen Geschichtsvergessenheit und Gegenwartsfixierung vor. Karl-Heinz Bohrer hat von der Erinnerungslosigkeit der Deutschen gesprochen: Ihnen fehle schlicht der emotionale Bezug zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart. Und Adolf Muschg hält den Deutschen Traditionsignoranz und Indifferenz gegenüber der eigenen Nationalkultur vor. Allesamt blitzlichtartige Aufnahmen eines Zustandes, der damit sicher nicht vollständig beschrieben wird, bei denen es sich aber auch nicht um schlicht erfundene, eingebildete Wahrnehmungen handelt.

Im Zentrum deutscher Gedenkpolitik steht aus vielen guten, teilweise zwingenden Gründen die doppelte Diktatur-Erfahrung im 20. Jahrhundert, die zur kollektiven Erinnerung aller Deutschen gehört. Im antitotalitären Grundkonsens unserer Republik hat die Aufarbeitung beider Systeme mit ihren Gemeinsamkeiten und ihren Unterschieden gesamtstaatliche Bedeutung. Mit dem im vergangenen Jahr verabschiedeten Gedenkstättenkonzept des Bundes soll die in der Bundesrepublik über die Jahre entwickelte und von staatlichen wie gesellschaftlichen Institutionen getragene Erinnerungs- und Gedenkkultur zur NS-Zeit gestärkt werden. Zugleich soll sichergestellt werden, dass auch die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur im öffentlichen Bewusstsein ihre Verankerung findet.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie vermittelt Orientierung. Nach meinem persönlichen Urteil ist die Nachkriegsgeschichte Deutschlands in einem beachtlichen Umfang die eindrucksvolle Widerlegung der stabilen Vermutung, das Einzige, was sich aus der Geschichte lernen lasse, sei, dass sich nichts aus ihr lernen lasse, jedenfalls nichts aus ihr gelernt worden sei. Die 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland, auf die wir in diesen Wochen zurückblicken, sind ein 60-jähriger Lernprozess, der mit nachweisbaren Ergebnissen der Reflexion über eine stattgefundene Vergangenheit begonnen hat und damit zugleich nicht abgeschlossen war. Nur weil das in dieser Verbindung von vorläufig fixierten Lektionen und offenen Perspektiven für eine andere sich daraus ergebende Zukunftsperspektive die gesellschaftliche und politische Orientierung dieser zweiten deutschen Republik war, hat aus der 60-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die international so wahrgenommene Erfolgsgeschichte werden können.



Mit Blick auf die Erinnerung an den Nationalsozialismus stellt sich die Frage, welches Geschichtsbild sich festigen wird, wenn sich mit dem Ende der Zeitzugenschaft die Vergangenheit der unmittelbaren persönlichen Erfahrung und deren Wiedergabe endgültig entzogen haben wird, wenn kulturell überlieferte Erinnerungen Gegenstand unseres Gedenkens sein werden. Im Spannungsfeld von historischem Wissen und dem Verlust an authentischer Erinnerung der Überlebenden werden wir geeignete, in manchen Fällen neue Formen des Gedenkens finden müssen. Dafür gibt es kein abrufbares Rezept, und jede Generation wird sich dieser Herausforderung neu stellen müssen. Jedenfalls dann, wenn – was ich mal als gesamtgesellschaftlichen Konsens unterstelle – niemand ernsthaft die Vorstellung verfolgt, dass mit dem Aussterben der Zeitzeugen sich diese Phase der Erinnerungskultur von selbst erledige. Absehbar ist auch hier, dass die Rolle der Politik, nämlich diese Erinnerung mit eigenen Anstößen lebendig zu halten, sicher nicht an Bedeutung verlieren wird.

Mit Blick auf die Aufarbeitung der anderen Diktatur haben wir alleine aufgrund der unterschiedlichen Zeitachsen eine durchaus andere Aufgabenstellung. Wir haben hier für die überschaubare Zukunft ein ebenso spannendes wie spannungsreiches Konkurrenzverhältnis von offiziellem politischen Gedenken einerseits und zeitgenössischer persönlicher, privater Erinnerung. Die Neigung zum nostalgischen Blick zurück ist naturgemäß bei der zweiten Variante der Erinnerung ausgeprägter als bei der ersten. Das hat Vorteile, was die Authentizität von Erinnerung angeht, und Risiken, was die Begabung zur Selektion betrifft. Erinnerung ist ohnehin immer ein Vorgang der Selektion. Ich empfehle uns, uns da nicht mehr vorzunehmen, als wir bei realistischer Betrachtung leisten

Im Spannungsfeld von historischem Wissen und dem Verlust an authentischer Erinnerung der Überlebenden werden wir geeignete, in manchen Fällen neue Formen des Gedenkens finden müssen.

Prof. Dr. Norbert Lammert und Prof. Dr. Oliver Scheytt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, auf dem 5. Kulturpolitischen Bundeskongress vom 11. bis 12. Juni 2009 in Berlin. Foto: Joachim Liebe, Potsdam

können. Aber gerade weil es so ist, muss der Neigung zur Verklärung mit zunehmendem zeitlichen Abstand entgegengewirkt werden.

IV.

Die Deutschen, und das hat mit diesem zweiten großen Projekt von Erinnerungskultur und/oder Geschichtspolitik ganz offensichtlich zu tun, die Deutschen hatten ihre Geschichte nie für sich allein. Niemand hat seine Geschichte für sich allein. Das gilt auch im privaten Leben, wo wir alle nicht unsere eigene vom Rest der Menschheit isolierte Geschichte haben, sondern sie sich in vitaler, häufig existenzieller Weise über ein ganzes Leben oder über große Teile des eigenen Lebens mit anderen verbindet. Und ziemlich genau dasselbe gilt für die Geschichte von Ländern und Nationen, und wiederum für kaum ein anderes Land mehr als für Deutschland. Von mehr Nachbarn als jedes andere Land in Europa umgeben, waren die Deutschen auch immer von Entwicklungen in den Nachbarländern betroffen und diese von Ereignissen in Deutschland. Es ist ja nicht ganz abwegig, wenn uns von Nachbarn der mal mehr und mal weniger diskrete Hinweis gegeben wird, dass bei realistischer Betrachtung historischer Zusammenhänge ihre Geschichte von deutschen Entwicklungen noch mehr beeinflusst war als unsere von deren.

Auch die glücklichen Momente der deutschen Nachkriegsgeschichte, derer wir gerade in diesem Jahr aus Anlass des

20. Jahrestages des Mauerfalls gedenken, haben eine europäische Dimension. Weder gäbe es die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik, wenn die westlichen Nachbarn nicht den ehemaligen Kriegsgegner und Kriegsverursacher in die zivilisierte Staatengesellschaft aufgenommen hätten, noch wären die überwältigenden Ereignisse 1989/90 ohne die Freiheits- und Bürgerrechtsbewegungen in Mittel- und Osteuropa denkbar. Mein polnischer Amtskollege, der Sejm-Marschall Bronisław Komorowski, hat in der letzten gemeinsamen, inzwischen regelmäßigen Sitzung der beiden Parlamentspräsidien dazu aufgefordert, dass wir uns in dem Bemühen, die gemeinsame Geschichte aufzuarbeiten, nicht nur an die schwierigen Zeiten und die schlimmen Aspekte unserer Nachbarschaft erinnern sollten. Deutsche und Polen sollten nicht vergessen, dass sie vor 20 Jahren im Kampf um Freiheit und Demokratie zusammengestanden haben.

Wir wollen deshalb gerade in diesem Jahr 2009 gemeinsam daran erinnern, dass die Überwindung der Teilung Europas kein Naturereignis war, sondern Folge der Demokratiebewegungen in Mittel- und Osteuropa seit den 50er Jahren. Der überragenden Rolle, die dabei nicht zuletzt die Gewerkschaft *Solidarność* ab 1980 spielte, wird in diesem Jahr nicht nur mit einer Ausstellung im Deutschen Bun-

destag gedacht, sondern auch dauerhaft mit der Aufstellung eines Stücks der Mauer der Danziger Werft, die wir am 17. Juni, also am Tage der Erinnerung an eine frühe, scheinbar gescheiterte deutsche Freiheitsbewegung, unmittelbar am Reichstagsgebäude gemeinsam der Öffentlichkeit vorstellen. Wir wollen auf diese Weise gemeinsam zum Ausdruck bringen, dass der Fall der Mauer in Berlin nicht der Anfang einer Entwicklung war, sondern ihr glücklicher Abschluss. Und dass die einen Ereignisse ohne die anderen schwer verständlich sind.

In der Verbindung der revolutionären Ereignisse von 1989 mit der Erinnerung an 1789 und der Ideale der europäischen Zivilisation über Jahrhunderte hinweg lässt sich die wechselvolle Freiheitsgeschichte unseres Kontinents in Ost und West erzählen. Dieses Gedenkjahr 2009 lädt eben nicht nur Deutsche, sondern die Europäer dazu ein, nicht nur auf der Basis der leidvollen Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts, sondern auch und vor allem der erfolgreichen Verbindung von Einheit und Freiheit wieder an einem gemeinsamen Gedächtnis zu arbeiten und auf dieser Basis an einer gemeinsamen Zukunft. Nun lässt sich das viel leichter formulieren als realisieren. Der langjährige polnische Botschafter in Berlin, Janusz Reiter, an den sich viele von Ihnen sicher

noch gut erinnern werden, hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass das vereinte Europa in seiner Erinnerungskultur ein gespaltener Kontinent

sei und wohl auch noch für geraume Zeit bleibe: »Nach der Erweiterung verläuft die Trennungslinie mitten durch die europäische Union. Das ist für die westlichen EU-Länder eine völlig neue Erfahrung.«

Das ist wahr. Und zugleich ist sicher wahr, dass kaum ein anderes Land eine stärkere Motivation, um nicht zu sagen Legitimation hat, die Sache der gemeinsamen europäischen Erinnerung zu ihrer eigenen zu machen als Deutschland. Deutschland ist nicht nur das Land, das den Zweiten Weltkrieg entfesselt hat, durch den Europa gespalten wurde, sondern ist gleichzeitig aufgrund der Spaltung Europas und des eigenen Landes das einzige europäische Land, das an den Erfahrungen der Westeuropäer und der Mittel- und Osteuropäer gleichzeitig teilgenommen hat – mit den wiederum komplizierten individuellen und kollektiven Erinnerungen und Geschichten, die sich damit verbinden. Deswegen gehört nach meiner Überzeugung zu den dringendsten Aufgaben die souveräne Verbindung von individuellem Erinnern und einer gesamtgesellschaftlichen, auch mit staatlicher Verantwortung versehenen Erinnerungskultur, die Raum lassen muss für individuelles Erleben und Erinnern.

Dass dem nicht mit Geschichtsschreibung und schon gar nicht mit Geschichtspolitik beizukom-

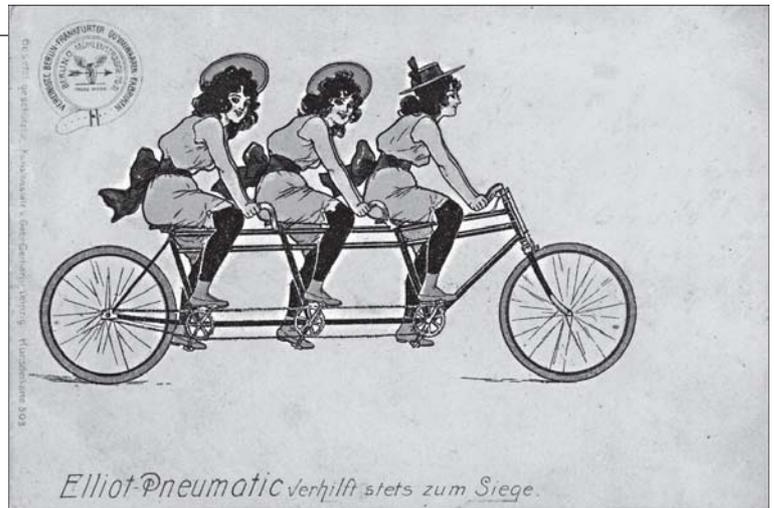
Weder macht Kultur ganz sicher Geschichte
noch umgekehrt Geschichte immer Kultur.

men ist, belegt für mich allein der Umstand, dass an den historischen Kausalitäten nun überhaupt kein Zweifel mehr besteht, die etwa Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkriegs verursacht haben. Die historischen Zusammenhänge liegen klar zutage. Die individuellen Vertreibungsschicksale sind damit aber weder aufgearbeitet noch geklärt und schon gar nicht gerechtfertigt. Die Neigung zu einer großzügigen Generalbereinigung unter Hinweis auf historische Kausalitäten gehört zu den keineswegs unbeachtlichen Risiken einer Erinnerungskultur, die auch staatliche Verantwortlichkeiten einschließt und die in dem Bemühen, geklärte Sachverhalte ein für allemal als geklärt zu deklarieren, den individuellen Erinnerungen in einer Weise im Wege stehen mag, die wiederum die Identifikation von Menschen mit ihrer eigenen Gesellschaft und ihrem eigenen Staat in beachtlicher Weise behindern.

Eine der spannendsten Fragen gerade unter dem Gesichtspunkt der Erinnerung für die Zukunft ist es deshalb, Aufschlüsse darüber zu gewinnen, ob sich die Integration unterschiedlicher Erinnerungen in eine gemeinsame europäische Erinnerung überhaupt leisten lässt und ob sie wirklich so unverzichtbar ist, wie immer wieder behauptet wird. Und wenn ja, in welchen Zeitachsen? Die Bestimmung des Verhältnisses von persönlicher Erinnerung zu staatlich kollektiver Erinnerungskultur und die Übersetzung einer kollektiven Erinnerungskultur im Allgemeinen in eine europäische Erinnerungskultur im Besonderen scheint mir eine der anspruchsvollsten Aufgaben zu sein, die sich für die nächsten Jahre überhaupt erkennen lassen.

Der israelische Schriftsteller Amos Oz hat einmal gesagt: »Wenn ich bei den Friedensgesprächen etwas zu sagen hätte, würde ich die Tontechniker anweisen, die Mikrophone abzuschalten, sobald irgendeine der Verhandlungsparteien anfängt, von der Vergangenheit zu reden. Sie werden dafür bezahlt, Lösungen für die Gegenwart und für die Zukunft zu finden.« Das darf ein Schriftsteller sagen. Aber es funktioniert weder im Nahen Osten noch in Europa. Weder Deutsche noch Polen, weder Israelis noch Palästinenser können ihre Zukunft unter Verdrängung oder Leugnung ihrer gemeinsamen Vergangenheit gestalten. Das Geheimnis der Versöhnung ist Erinnerung, nicht Vergessen. Um so erstaunlicher ist, dass ein so intelligenter Staatsmann wie Winston Churchill in seiner ansonsten wegweisenden Rede zur Zukunft Europas in Zürich 1946 ausdrücklich empfohlen hat, den europäischen Einigungsprozess als einen »Akt des Vergessens gegenüber den Verbrechen und Wahnsinnstaten in der Vergangenheit« in Angriff zu nehmen.

Dieser Empfehlung sind die Europäer glücklicherweise nicht gefolgt. Und wir hätten heute die Überwindung der Teilung Europas nicht und



keine Gemeinschaft von 27 Mitgliedstaaten, bei denen die Zahl der Bewerber für weitere Mitgliedschaften mit jeder Erweiterungsrunde gewachsen ist, wenn es nicht unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Erfahrungen das Bemühen um gemeinsame Aufarbeitung dieser gemeinsamen Geschichte gäbe – einschließlich des ausdrücklichen Wunsches, daraus gemeinsame Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Und wenn Europa heute wieder verstärkt als eine Kultur- und Wertegemeinschaft verstanden wird, dann auch deshalb, weil es ein gemeinsames Gedächtnis zwar vielleicht noch nicht gibt, aber das Bedürfnis nach einem solchen gemeinsamen Erinnerungsprozess heute überall in Europa aktiviert worden ist.

Dieses Bedürfnis schlägt sich übrigens nicht nur in manchen Empfindlichkeiten, sondern auch in manchen Aufmerksamkeiten und Gesten nieder, bei denen ich allerdings die vollständige Ignoranz deutscher Medien gegenüber solchen Akten der Erinnerungskultur registriere. Dass das ungarische Parlament im November 2007 in einer öffentlichen Sitzung sich als Teil der eigenen Erinnerungskultur für die Verbrechen der Vertreibung von Deutschen entschuldigt hat, ist ein exzeptioneller Vorgang der jüngeren europäischen Geschichte, die von den deutschen Medien nicht einmal zur Kenntnis genommen worden ist, während jede eingebildete oder tatsächliche Aufregung – in welchem Nachbarschaftsverhältnis auch immer – es mühelos mindestens auf die zweite Seite jeder deutschen Tageszeitung schafft. Wie verantwortlich wir mit diesem sensiblen Vorgang und den Fortschritten umgehen, die es eben auch gibt, lässt sich im Kontext solcher Erfahrungen durchaus hinterfragen.

Weder macht Kultur ganz sicher Geschichte noch umgekehrt Geschichte immer Kultur. Aber der individuelle wie der politische Umgang mit Erinnerung und mit Geschichte ist ein wesentlicher unverzichtbarer Beitrag kultureller Selbstvergewisserung für die bewusste Gestaltung der Zukunft, wenn sie denn mehr sein soll als eine Verlängerung der Vergangenheit über die Gegenwart hinaus.

Die Ansichtskarte wurde um 1900 von den »Vereinigten Berlin-Frankfurt-Gummiwarenfabriken« herausgegeben. Abb. aus Wilfried Matanovic, 2009 (s. S. 36)